

Postulat

betreffend **Wahlbüro-Organisation Winterthur**

eingereicht von: Urs Glättli (GLP), Tobias Brütsch (SVP) und Urs Hofer (FDP) im Namen ihrer Fraktionen

am: 2. Juli 2018

Anzahl Mitunterzeichnende: 23

Geschäftsnummer: 2018.69

Text

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie die Verordnung betreffend die Organisation des Wahlbüros vom 3. September 1973 überarbeitet werden soll.

Begründung

Die vergangenen Wahlgänge haben wiederholt gezeigt, dass bei der Organisation und Durchführung der Wahlen Mängel aufgetreten sind. Die Häufung feststellbarer Mängel sät Zweifel am Vertrauen eines ordnungsgemässen Ablaufs von Urnenwahlen. Der Stadtrat ist mit einer Arbeitsgruppe der Verwaltung daran, eine genauere Analyse der Mängel vorzunehmen.

Ein Blick in die städtische Verordnung betreffend die Organisation des Wahlbüros reicht jedoch, um festzustellen, dass bereits die geltenden, städtischen Regelungen nicht mehr auf dem neusten Stand sind. Die Verordnung stammt aus dem letzten Jahrhundert und somit aus einer Zeit, als das kantonale Gesetz über die politischen Rechte noch gar nicht in Kraft war. Dieses hat beispielsweise wohl erst die Grundlage geschaffen für das Wahl- und Abstimmungsprogramm „WABSTI“, an dem sich die Stadt beteiligt. Beim Wahlgang vom 4. März 2018 sind jedoch gerade beim Abfüllen des WABSTI die grössten Mängel aufgetreten, als in einem Wahlkreis die unveränderten Listen nicht ins Programm übertragen wurden. Daher sind folgende Regelungsgegenstände einer genaueren Prüfung zu unterziehen bzw. ergänzende Regelungen zu folgenden Gegenständen zu prüfen:

- Schnittstellen-Organisation bei Eingaben ins WABSTI;
- Versand IPK-Werbeunterlagen (fehlende gesetzliche Grundlage; Sicherstellung der rechtzeitigen Zustellung vor dem Eintreffen der Wahl- und Abstimmungsunterlagen);
- Qualitätssicherung beim Miteinbezug Dritter wie für den Druck der Listen (QS-Zertifizierungsnachweis, Sicherstellung des 4-Augenprinzips beim Dritten, Vereinbarung von Konventionalstrafen beim Auftritt von Mängeln u.a.);
- Zusammenarbeit mit Behörden kirchlicher Körperschaften bei Wahlen derselben;
- Anzahl und Standorte der Wahlurnen in den einzelnen Zählkreisen;
- Ausstandsregelungen für den Vorstand der wahlleitenden Behörde, wenn allein noch solche Vorstandsmitglieder zur Wahl stehen;
- Plausibilisierungskontrollen bei der Eruierung der Ergebnisse;
- Sicherstellung einer einheitlichen Protokollierung durch die einzelnen Wahlbüros nach gleichen Standards;
- Ablauf der Kommunikation der Ergebnisse.

Vorstoss-Rückseite Nr. 2018.69

eingesehen:	Mitunterzeichnende (X):	eingesehen:	Mitunterzeichnende (X):
√	Ch. Baumann (SP)	√	F. Albanese (SVP) X
√	D. Cetin (SP)	√	T. Brütsch (SVP)
√	A. Erismann (SP)	√	G. Gisler-Burri (SVP) X
√	B. Helbling-Wehrli (SP)	√	M. Gross (SVP) X
√	L. Jacot-Descombes (SP)	√	H.R. Hofer (SVP) X
√	R. Kappeler (SP)	--	Ch. Leupi (SVP)
√	E. Kaylan (SP)	√	D. Oswald (SVP) X
--	R. Keller (SP)	√	P. Rüttsche (SVP) X
√	F. Künzler (SP)	√	M. Trieb (SVP) X
--	F. Landolt (SP)	√	Th. Wolf (SVP) X
√	S. Näf (SP)	√	M. Wäckerlin (PP) X
√	P. Schoch (SP)		
√	M. Sorgo (SP)	√	C. Etter-Gick (FDP) X
√	F. Steger (SP)	√	St. Feer (FDP) X
√	M. Steiner (SP)	√	Y. Gruber (FDP) X
√	S. Stierli (SP)	√	F. Helg (FDP) X
√	G. Stritt (SP)	√	R. Heuberger (FDP) X
√	B. Zäch (SP)	√	U. Hofer (FDP)
		√	Th. Leemann (FDP) X
√	R. Diener (Grüne)	√	D. Schneider (FDP) X
√	R. Dürr-Ziehli (Grüne)	√	M. Wenger (FDP) X
√	Ch. Griesser (Grüne)		
√	D. Hofstetter (Grüne)	√	K. Cometta-Müller (GLP) X
√	G. Milicevic Decker (Grüne)	√	U. Glättli (GLP)
√	D. Berger (AL)	√	S. Gygax-Matter (GLP) X
√	K. Gander (AL)	√	S. Kocher (GLP) X
		√	M. Nater (GLP) X
√	L. Banholzer (EVP)	√	A. Steiner (GLP) X
√	M. Bänninger (EVP)	√	M. Zehnder (GLP) X
√	B. Huizinga-Kauer (EVP)		
√	S. Müller (EVP)	√	A. Geering (CVP)
		√	I. Kuster (CVP)
		--	R. Lüchinger-Mattle (CVP)
		√	Z. Dähler (EDU)